

DOCV-Webseitentext/PM: KoaV

Klares Bekenntnis gegen illegales Glücksspiel: DOCV begrüßt neuen Koalitionsvertrag

Berlin, 14. April 2025: Der Koalitionsvertrag der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion setzt ein deutliches Zeichen im Kampf gegen das illegale Glücksspiel. In Zeile 2901 des Vertrages heißt es: „Wir verbessern gemeinsam mit den Ländern die Bekämpfung von illegalem Glücksspiel.“ Aus Sicht des DOCV ein großer Fortschritt.

„Der DOCV begrüßt ausdrücklich, dass die mutmaßlich neue Bundesregierung den Kampf gegen den illegalen Glücksspielmarkt als festes Ziel ihrer Agenda benennt. Dieser Schritt war überfällig“, erklärt DOCV-Präsident Dirk Quermann. „Die Stärkung des legalen Angebotes durch zeitnahe regulatorische Anpassungen ist dabei die wirksamste Methode, um diesen Worten auch Taten folgen zu lassen.“

Unter anderem bietet die bevorstehende Evaluierung des Glücksspielstaatsvertrages 2021 die Chance, dieses gesetzte Ziel durch konkrete Nachjustierung zu erreichen. Der legale Markt lässt sich durch eine Reihe von Maßnahmen stärken, darunter ein effektiver Vollzug gegen den Schwarzmarkt, beispielsweise durch IP-Blocking. Ferner ist eine Ablösung der Spieleinsatzsteuer für virtuelle Automatenspiele durch die Bruttospielertragssteuer sowie die Erhöhung der Mindestdauer von 5 Sekunden und des Höchsteinsatzes je Spiel notwendig. Damit erhöht sich die Attraktivität legaler Angebote und erleichtert die Kanalisierung der Spieler in den legalen und durch Spielerschutzmaßnahmen gesicherten Markt.

„Wir müssen die Spieler wieder aus dem ungeschützten Schwarzmarkt zurück in den legalen Markt führen, denn nur dort kann der Spielerschutz garantiert werden. Dies kann nur funktionieren, wenn wir das legale Spiel stärken“, betont Quermann. „Der DOCV steht jederzeit für den Dialog bereit. Tragfähige Lösungen können nur im gemeinsamen Austausch zwischen Industrie, Politik, Forschung und Verwaltung erarbeitet und vorangebracht werden.“

Der DOCV wird sich konstruktiv in den anstehenden Evaluierungsprozess einbringen und appelliert an alle Beteiligten, die politischen Zielsetzungen nun auch regulatorisch zu untermauern.